



GUTE DIGITALPOLITIK BRAUCHT ZIVILGESELLSCHAFT.

Eingereicht von: Bündnis F5

Es braucht eine „digitalpolitische Zeitenwende“. Hier stimmen wir Olaf Scholz zu. Anstelle von Gemeinwohl und Daseinsvorsorge prägen aktuell Profitinteressen und Überwachungsstreben die Digitalpolitik. Wir müssen raus aus alten Logiken und Perspektiven und hin zu einer offenen, inklusiven und gemeinwohlorientierten Digitalpolitik. Seit langem fordern dies viele Organisationen der digitalen Zivilgesellschaft, finden aber noch zu selten in der Politik Gehör oder werden bei Entscheidungsprozessen einbezogen. Es ist Zeit, dass die SPD ihr Ziel einer modernen und kooperativen Digitalpolitik umsetzt und in einen systematischen Austausch mit Organisationen der digitalen Zivilgesellschaft tritt.

Das Bündnis F5

Wir fordern einen Neustart in der Digitalpolitik. Wir sind das Bündnis F5, ein Netzwerk der digitalpolitischen Organisationen AlgorithmWatch, der Gesellschaft für Freiheitsrechte, der Open Knowledge Foundation Deutschland, Reporter ohne Grenzen und Wikimedia Deutschland. Uns eint der Anspruch, eine demokratische Digitalisierung zu gewährleisten, die auf den Grundpfeilern Offenheit und Transparenz, Teilhabe und Zugang, Schutz der Grund- und Menschenrechte sowie dem Schutz der Belange von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufbaut. Anstelle eines „Weiterso!“, drängen wir auf eine mutige Digitalpolitik, die die Stärkung unserer demokratischen Gesellschaft und die Rechte von Verbraucher:innen und Bürger:innen in den Mittelpunkt stellt.

Bessere Digitalpolitik durch Zusammenarbeit

Diese Werte müssen zu Prinzipien der Digitalpolitik werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Bündnis F5 haben sich als Treiber des freien, offenen und grundrechtewahrenden Internets etabliert. Wir agieren als kritische Begleiter:innen der Digitalpolitik und bringen uns mit Umsetzungsideen aktiv ein. Wir schreiben Gesetzesvorschläge zum Transparenz- oder dem Digitalen Gewaltschutzgesetz, prägen Debatten mit Politikbriefen zu aktuellen Themen oder entwerfen und unterstützen Projekte, die digitale Dienste im Gemeinwohl schaffen. Dieses breite Feld an Expertise und Arbeitsweisen macht uns zu praxisnahen Dialogpartner:innen für die diversen Themenfelder der Digitalpolitik.

Doch unsere Arbeit ist häufig unnötig mühsam. Wir bieten uns als Mitgestalter:innen an, dennoch werden unsere Stimmen in Ministerien, Parlamenten und Parteien nur selten gehört. Über die Entwicklungen der Digitalstrategie erfahren wir aus Presse und Leaks, während ein echter digitaler Aufbruch nur gemeinsam, mit neuen Perspektiven und breiter Expertise möglich wäre. Digitale Maßnahmen und Gesetze scheitern zu häufig an Realitätsferne oder Umsetzungsproblemen, während im aktiven Dialog und



Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Erwartungen und Möglichkeiten abgeschätzt und so bessere Gesetze und Maßnahmen geschaffen werden können. Anstelle zu klagen oder mobilisieren, wie gegen die Chatkontrolle oder Vorratsdatenspeicherung, wäre unser Aufwand besser im Vorfeld als Expert:innen für Technikfolgenabschätzung aufgehoben. Verschllossenheit gegenüber konstruktiver Kritik macht den politischen Prozess ineffizient. Wir fordern daher einen festen Platz bei digitalpolitischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen.

Das Ziel sollte eine kooperative und moderne Digitalpolitik sein. Gerade als Form einer zukunftsorientierten Transformationspolitik ist es wichtig, dass hier Vertrauen durch vielseitige Mitbestimmung und Transparenz geschaffen wird. Denn digitalpolitische Vorhaben scheitern leicht an der gesunden Skepsis der Bürger:innen, gerade wenn es um persönliche Daten und digitale Identitäten geht. Ihr Misstrauen speist sich auch aus der Intransparenz und Geschlossenheit von Entscheidungsprozessen, die selbstbestimmtes Handeln erschweren. Der Staat schafft Fakten hinter verschlossenen Türen und beruft sich auf externe Beratungsunternehmen, Anbieter digitaler Dienste verstecken sich hinter unverständlichen Nutzungsbedingungen und „Black Box“-Algorithmen.

Gemeinwohlorientierte Digitalpolitik hingegen baut Vertrauen von Anfang an auf. Indem man etablierte kritische Stimmen, gerade aus der Zivilgesellschaft, aktiv in den Prozess miteinbezieht, treffen wichtige Gesetze und Angebote, wie KI-Regulierung oder Corona-Warn-App, früh auf konstruktive Kritik, schafft der Austausch Vertrauen und bringt den digitalen Wandel voran.

Um dies zu erreichen, schaffen wir Gesprächsangebote und -räume. Wir organisieren Austausche mit Parlamentarier:innen im Rahmen von Workshops und parlamentarischen Frühstücken und bringen zivilgesellschaftliche Perspektiven zu aktuellen Gesetzesvorhaben ein. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und regen Debatten an, zum Beispiel zum Stand der Digitalpolitik der Ampel. Diese Formate sind erfolgreich, aber es braucht mehr. Im direkten Austausch könnten Ministerien, Abgeordnete und Parteien von breiter Expertise und Verbindungen im digitalen Raum profitieren, um in offener und transparenter Kooperation eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu gestalten. In welchen Bereichen dies aktuell erforderlich ist, möchten wir mit einem Blick auf unsere Kernthemen verdeutlichen.

Mehr Selbstbestimmung: Gemeinwohlorientierte Plattformen und Algorithmen

Die Digitalisierung ermöglicht neue Arten der Machtausübung. Große digitale Plattformen agieren selbst als Regelsetzende und bestimmen, was im Internet Öffentlichkeit findet. Selbstbestimmung ist so im digitalen Raum schwierig. Ohne Mitbestimmung und Transparenz werden Grundsätze der Meinungs- und Informationsfreiheit außer Kraft gesetzt, auch Grundrechtsverletzungen können nur schwer nachvollzogen und verfolgt werden. Diese Machtasymmetrie zeigt sich auch im



Einsatz von automatisierten Entscheidungssystemen (ADM). Die Personen, die von den Entscheidungen betroffen sind, haben in der Regel keinen Einblick in die Entscheidungslogiken eines ADM-Systems. Diese Systeme gehen aber mit signifikanten Risiken für die Grundrechte einher. Insbesondere wenn ein System auf Grundlage von bestehenden Datensätzen lernt Entscheidungen zu treffen, besteht die Gefahr, dass sich bestehende Machtasymmetrien weiter festigen. Hier braucht es mehr Transparenz und Mitbestimmung, damit Plattformen und ADM-Systeme nicht weiter Macht zentralisieren.

Als Grundbedingung für eine vertrauenswürdige und gemeinwohlorientierte Digitalisierung müssen digitale Dienste kritisch begutachtet und für die Gesellschaft verständlich gemacht werden können. Diese Arbeit wird häufig von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen geleistet, indem wir Daten sammeln oder Leaks analysieren. Behörden und Konzerne erschweren dies durch Verschlüsselung und Klageandrohungen. Leider bekennt sich auch die Politik noch nicht klar zur Offenheit – auch wenn der Digital Services Act Aussicht darauf stellt, dass Plattformdaten auch für die zivilgesellschaftliche Forschung zur Verfügung stehen sollen. Es braucht jetzt mutige Schritte in der deutschen Politik, um eine effektive Umsetzung auf nationaler Ebene zu gewährleisten. Denn ein kritischer Blick ist essentiell, damit aktuelle und zukünftige Regulierungen effektiv unsere gemeinsame digitale Zukunft sichern.

Verhältnismäßigkeit mitdenken: Zwischen Grundrechten und Überwachung

Digitale Innovationen regen an, über neue gesellschaftliche Möglichkeiten nachzudenken. Aber Technologie ermöglicht leider nicht bloß Verbesserungen. Werden digitale Lösungen für analoge Probleme herangezogen, entstehen im Zuge dessen nicht selten neue Probleme. Gerade im Streben nach mehr Sicherheit, ob durch Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, Staatstrojaner oder Chatkontrolle, wird Verhältnismäßigkeit außer Acht gelassen. Freie Meinungsäußerung, Teilhabe in der Gesellschaft und selbstbestimmtes Leben erfordern den Schutz von Grundrechten – sowohl analog als auch digital.

Grenzen der Überwachung sollten nicht bloß durch den Stand der Technik und Karlsruhe gesetzt werden. Wir wünschen uns einen aktiven Austausch, in dem kritische Stimmen Raum finden und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden können, die eine offene Gesellschaft schützen und nicht einschränken.

Für eine offene digitale Gesellschaft

Ein freies und offenes Internet sollte uns allen als Gemeingut zur Verfügung stehen. Aktuell ist dies vor allem durch die tägliche unentgeltliche Arbeit eines riesigen, digitalen Ehrenamtsnetzwerkes möglich. Diese Ehrenamtlichen schreiben und verbessern freie Software, moderieren öffentliche Foren, stellen Ressourcen und Wissen frei zur Verfügung und ermöglichen so ein gewaltiges Angebot an Dienstleistungen, die unser tägliches Leben prägen. Unter dem Motto „öffentliches



Geld, öffentliches Gut“ kann auch der Staat zum digitalen Gemeingut beitragen, indem er Wissen und Software aus der Verwaltung und öffentlich finanzierten Forschungsprojekten frei zur Verfügung stellt. Eine stärkere Kooperation zwischen digitalem Ehrenamt und öffentlichem Sektor könnte nicht nur den gemeinsamen digitalen Raum nachhaltig stärken, sondern auch mehr Anerkennung und sinnvolle Stärkung für diese Arbeit ermöglichen.

Für einen freien und offenen digitalen Raum, der allen zugutekommt, muss aber auch sichergestellt werden, dass er alte Muster der Ausgrenzung nicht reproduziert oder verstärkt. Hass und Hetze treiben Menschen aus öffentlichen Räumen. So wird die vereinende Kraft eines offenen Internets unterwandert. Um dies zu verhindern, muss adäquater Schutz geschaffen werden, unter anderem durch ein Digitales Gewaltschutzgesetz.

Digitale Zivilgesellschaft als Partner der demokratischen Digitalisierung

Eine digitalpolitische Zeitenwende bedeutet, aktiv die Vision einer freien und offenen digitalen Gesellschaft zu verfolgen. Anstelle von Profitmaximierung, Verslossenheit und Überwachung sollten offene Zusammenarbeit und Gemeinwohlorientierung auf der Tagesordnung stehen. Die Politik muss und kann dies nicht allein durchsetzen. Gute Transformationspolitik sollte das bestehende Wissen und Kräfte in eine gemeinsam formulierte Richtung mobilisieren. Das Bündnis F5 als Teil der digitalen Zivilgesellschaft steht bereit, als Partner diesen Prozess mitzugestalten.